

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badener Tagblatt. 1896-1948 1947

69 (29.8.1947)

BADENNER TAGBLATT

Zeitung für Politik, Wirtschaft und Kultur

NR. 69

Ausgabe A

FREITAG, 29. AUGUST 1947

St R

PREIS 20 PFENNIG

Entscheidung jetzt oder erst später?

Vor der Veröffentlichung des Schlußkommuniqués bei den Dreierbesprechungen in London

LONDON — Nach drei von der amerikanischen, englischen und französischen Delegation geführten Verhandlungstagen über die Festsetzung des deutschen Industrienniveaus hatten sich zu Beginn der Woche noch keine Ansätze zu einer Übereinkunft gezeigt. Als wesentliches Ergebnis dieser drei Vollstimmungen wurde die klare Herausarbeitung der Meinungsverschiedenheiten bezeichnet.

Eine Reihe von angeblich authentischen Nachrichten war im Umlauf. So kursierte vor allem das Gerücht, die amerikanische Delegation habe den Vorschlag gemacht, daß Frankreich 10 Millionen Tonnen Eisenerz nach Deutschland liefern solle und dafür die entsprechende Menge Stahl erhalte. Diese Nachricht wurde jedoch amtlich dementiert. Sie entspräche auch genau dem Gegenteil des von der französischen Delegation vertretenen Standpunktes.

Frankreich erhob grundsätzlich keinen Einspruch gegen die Erhöhung der deutschen Stahlproduktion, erklärte sich sogar mit einer Quote von 11 Millionen Tonnen einverstanden — unter dem Vorbehalt allerdings, daß die französische Erzeugung höher sein muß als die deutsche. Frankreich kommt es besonders darauf an, den Monnet-Plan, der eine Erzeugung von 12 Millionen Tonnen für 1951 vorsieht, nicht zu gefährden. Zur Durchführung dieses Planes benötigt Frankreich Ruhrkoks. Die deutsche Produktion dürfte also nicht so hoch sein, daß die deutsche Stahlherzeugung die Erzeugung von Koks für sich in solchem Maße beanspruchen würde, daß Frankreich in Verzug käme.

Ob die amerikanische Delegation auf der zwischen General Clay und Robertson vereinbarten Zahl von rund 11 Mill. Tonnen Stahl verharret ist oder ob sich sogar die Vorschläge der amerikanischen Wirtschaftskreise auf eine Erhöhung der deutschen Stahlproduktion auf 13 bis 15 Millionen durchgesetzt haben, ist ungewiß.

Die Sowjet-Union hat über die sowjetischen Botschaften in London und Washington an die britische und amerikanische Regierung eine Protestnote gerichtet. Es heißt in dieser Note, daß es die sowjetische Regierung für notwendig hält, die Regierungen der Vereinigten Staaten und Großbritannien darauf aufmerksam zu machen, daß die Fragen einer Revision des Planes über das deutsche Industrienniveau und der Errichtung irgendeines Sonderregimes für das Ruhrgebiet Probleme sind, die Deutschland als Einheit betreffen und infolgedessen nur mit Zustimmung aller vier Besatzungsmächte getroffen werden können.

Die Note hat in London keinen besonderen Eindruck gemacht, da man darauf hinweist, daß Rußland durch seine Weigerung die Einheit Deutschlands unmöglich gemacht habe und daher jede Zone das Recht besitze, über die Wirtschaftspolitik seines Gebietes selbst zu entscheiden.

Mitte der Woche wurde dann der Wortlaut des Schlußkommuniqués fertiggestellt. In französischen Kreisen wurde zuvor jede Meldung kategorisch dementiert, derzufolge die französische Delegation auf der Dreierkonferenz irgendeine Ziffer für die

deutsche Stahlproduktion akzeptiert haben soll. Das gleiche würde für eine angebliche Zusage auf Fusionierung der französischen Besatzungszone mit der britisch-amerikanischen Zone als Ausgleich für Zugeständnisse in der Frage dieser Produktion betont.

Das Kommuniqué, in dem die erzielten Ergebnisse aufgezeigt sind, wurde sofort nach Paris und Washington mitgeteilt. Man nimmt an, daß die Konferenz in Bezug auf die Garantien für die Nachbarstaaten Deutschlands befriedigende Übereinkünfte gezeitigt hat. Die Frage der Verwaltung der Ruhrkohlenbergwerke soll weniger vorangebracht worden sein. In der Debatte über dieses Problem haben aber offensichtlich die Informationen der Engländer und Amerikaner über die derzeitigen Verhandlungen in Washington eine Erleichterung der Arbeitsweise erbracht. Im allgemeinen besteht in London der Eindruck, daß auf der Dreierkonferenz nützliche Arbeit geleistet und auch Fortschritte erzielt worden seien. Die französischen Einwände sollen anerkannt worden sein. Außerdem wird betont, daß eine Verschmelzung der französischen Zone mit der Bizone nicht erörtert wurde, und daß die Probleme, die Gegenstand der gegenwärtigen Konferenz waren, erneut

Erleichterung der Ausfuhr angekündigt

Eine Besprechung mit den neuernannten Wirtschaftsministern der französischen Zone

BADEN-BADEN — Der Direktor für Wirtschaft und Finanzen der Militärregierung, Monsieur Filippi, hat die neuernannten Wirtschaftsminister der Länder Rheinland-Pfalz, Baden und Württemberg, die Minister Neumayer, Leibbrand und Wildermuth, zu einer Besprechung einberufen. Im Verlauf der Sitzung wurden die im Augenblick wesentlichsten Wirtschaftsprobleme behandelt.

Entflechtung der Großbetriebe
Es wurde ein Überblick über die zur Entflechtung und Dezentralisierung der Wirtschaftsmacht im Gang befindlichen Maßnahmen gegeben und es wurden Bestimmungen hinsichtlich der Anwendung der Verfügung des französischen Oberbefehlshabers in Deutschland festgelegt. Der Zweck dieser Verfügung liegt bekanntlich darin, zu verhindern, daß eine kleine Zahl von Personen über beträchtliche wirtschaftliche Machtmittel verfügt, mit denen sie den politischen Gang der Dinge in Deutschland beeinflussen könnte.

Wirtschaftliche Dezentralisierung
Der Direktor für Industrieerzeugung erläuterte die verschiedenen Maßnahmen, die zwecks weitgehendster Dezentralisierung und zum Nutzen der deutschen Behörden der verschiedenen Länder in Bezug auf die Programm-Festsetzung für die verschiedenen Fabriken und in Bezug auf die Verteilung der Fertigwaren bereits angenommen worden sind.

von den Außenministern im November erörtert werden.

Einige Pariser Abendblätter glauben über das Ergebnis der Konferenz optimistische Berichte veröffentlicht zu können. In ihnen wird behauptet, Frankreich sei unter gewissen Bedingungen, vor allem bezüglich der Kokslieferungen aus dem Ruhrgebiet, bereit, der Erhöhung der deutschen Stahlherzeugung auf 11 Mill. t zuzustimmen. In amtlichen Kreisen in Paris wird aber für wahrscheinlich gehalten, daß endgültige Beschlüsse über das deutsche Industriepotential erst im November auf der Außenministerkonferenz gefaßt werden. Das würde Frankreich umso mehr wünschen, als es die Sowjetunion nicht vor den Kopf stoßen möchte. In der Zwischenzeit würden die Verhandlungen zwischen Frankreich, Großbritannien und den Vereinigten Staaten auf diplomatischem Wege fortgesetzt werden.

Wahlen im Saargebiet

BADEN-BADEN — Der französische Oberkommandierende in Deutschland hat eine Verordnung erlassen, nach der im Saargebiet am 5. Oktober 1947 allgemeine Wahlen zwecks Bildung einer saarländischen gesetzgebenden Versammlung stattfinden. Diese Versammlung, die sich aus 50 Mitgliedern zusammensetzt, wird auf die Dauer von fünf Jahren in allgemeiner, direkter und geheimer Wahl auf Grund der Listenwahl nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt.

Prioritätsbetriebe
Er erläuterte ebenfalls die Gründe, aus welchen die Militärregierung für die Arbeiter gewisser Fabriken, die „Prioritätsbetriebe“ genannt werden, besondere Vorteile hat vorsehen müssen. Es ging darum, ohne Zwangsanwendung ein Maximum von Arbeitskraft zu den Schlüssel-Industrien heranzuziehen, deren Funktion die Voraussetzung für die wirtschaftliche Wiederbelebung der Zone darstellt. Es liegt in der Absicht der Militärregierung, diese Vorteile allmählich auf alle Arbeiter auszudehnen, und zwar sobald die Möglichkeiten auf ernährungs-technischem Gebiet dies zulassen. Im übrigen werden in Kürze 130.000 Arbeiter in den Genuß dieser bevorzugten Behandlung kommen, anstelle der bisherigen 100.000.

Außenhandel

Auf eine gewisse Anzahl von Ziffern, die sich auf den Außenhandel beziehen, wurde näher eingegangen. Die Zahlen für das erste Halbjahr 1947 sind folgende: Einfuhr: Lebensmittel 35 Millionen (in Dollar), Rohstoffe und Produktionsmittel für die Industrie 11 Millionen, Strom 4½ Millionen, Dienstleistungen 3 Millionen, zusammen 53½ Millionen.

Ausfuhr: Rohstoffe und Strom 17½ Millionen (in Dollar), Halbfertig- und Fertigfabrikate 28½ Millionen, zusammen 46 Millionen.

Der Leiter des Außenhandelsamtes hat eine Dezentralisierung und eine Erleichterung des Aus- und Einfuhrverfahrens angekündigt. Das OFICOMEX (Office pour le Commerce exterieur) wird in jedem Land durch einen Bezirksdirektor vertreten sein, der mit weitgehenden Vollmachten ausgestattet ist, und dem ein Landesbeirat für Ausfuhrfragen als deutsche Planungsbehörde, und ein Außenhandelsamt, als deutsches Exekutiv-Organ, zur Seite stehen. Außerdem wird jedes Land der französischen Besatzungszone nach Maßgabe der in seiner Ausfuhr erzielten Steigerung in den Genuß eines Dollar-Kredits kommen, der ihm die Möglichkeit verschaffen wird, alle ihm nützlich erscheinenden Produkte nach eigenem Ermessen zu erwerben.

Verteilung der industriellen Erzeugnisse

Die Wirtschaftsminister haben darum gebeten, daß ein bestimmter Prozentsatz der industriellen Erzeugung der Zivilbevölkerung zugeteilt wird (Textilwaren, Möbel, Schuhe, Haushaltsartikel usw.). Die Militärregierung hat ihnen von den augenblicklichen Verteilungsaussichten Kenntnis gegeben und sie aufgefordert, genaue Vorschläge bezüglich der Zuteilungsmethoden und Prozentsätze einzureichen.

Transportkrise

Der Direktor für öffentliche Arbeiten und Transportwesen erläuterte die zur Überwindung der

Ist politischer Irrtum strafbar?

In der Überzeugung, daß es keinen Sinn hat, über Versäumnisse oder Unmöglichkeiten, längere Diskussionen zu führen, kann man sich damit begnügen, festzustellen, daß die sogenannte politische Säuberung besser und leichter gleich nach der Kapitulation vorgenommen worden wäre. Das ist aber nun einmal nicht geschehen, konnte vielleicht nicht geschehen und es bleibt nichts übrig als sich mit dieser Tatsache abzufinden und wenigstens jetzt alles zu tun, um aus der Wirrnis herauszukommen, in die dieser politische Desinfektionsprozeß geraten ist. Ja, es handelt sich mehr noch als um eine Säuberung, um eine vorbeugende Desinfektion. Denn darauf kommt es doch wohl allen, die es mit der Zukunft unseres Landes ernst meinen und nicht in parteipolitischen oder gar persönlichen Interessen und Sentiments verstrickt sind, an, daß der nazistische Giftstoff aus der Seele und den Körper unseres Volkes bis zum letzten Rest entfernt wird. Von diesem Gedanken ausgehend, sind wir schon immer dafür eingetreten, daß alle, die sich wirklich vergangen haben, dem Umfang und der Schwere ihres Verbrochens entsprechend bestraft werden. Dabei ist bei aller Menschlichkeit im Sinne des demokratischen Aufbaues strenge Gerechtigkeit unerlässlich. Der Desinfektionsprozeß verlangt weiter, um wirksam zu werden, daß für die Zukunft jegliche Verbreitung des nationalsozialistischen Giftstoffes vollkommen unterbunden wird. Das kann durch ein Gesetz und dessen unachsichtliche Anwendung durch wirklich gerechte, demokratische Richter ohne Schwierigkeiten gewährleistet werden.

Im übrigen aber sollte man endlich, wie das bei ähnlichen Angelegenheiten unter vernünftigen Menschen schon immer üblich ist, unter die Vergangenheit einen auslöschenden und versöhnenden Schlußstrich ziehen und gerade im Gegensatz zu den Nazis, die jeden anders Denkenden ohne weiteres diffamierten, nicht jeden zum Aussätzigen stempeln, weil er einmal zur Partei gestiegen ist. Ein neues, gewichtiges und gerechtfertigtes Moment wirft dazu der bekannte Verfasser des ausgezeichneten Buches „Der SS-Staat“, Eugen Kogon in die Debatte. In der Juli-Ausgabe der von ihm herausgegebenen „Frankfurter Hefte“ dringt Kogon gewissermaßen aus dem Dickicht der verwirrenden Zusammenhänge zu der Feststellung vor, „daß wir ein Recht darauf haben, uns politisch zu irren, und daß sehr weittragende praktische Folgerungen aus diesem Recht abzuleiten sind. Er betont, es sei nicht Schuld, sich politisch geirrt zu haben.“

Indessen sei es Schuld, Verbrechen zu verüben oder an ihnen teilzunehmen, wäre es auch nur durch Duldung. Ebenso sei Fahrlässigkeit ebenfalls Schuld. Irren sei menschlich, meint Kogon. Es gehöre zu unserem Wesen, daß wir Fehler, indem wir sie begehen, nicht einmal bemerken. Erst die Folgen, in denen die Mannigfaltigkeit der Zusammenhänge hervortrete, würden die Kräfte zeigen, die wir im Augenblick der Entscheidung nicht genügend berücksichtigt und unzureichend eingeschätzt hätten. Deshalb, so folgert Kogon, stünde uns ein Recht auf den Irrtum zu, wenn wir nicht Sklaven, Marionetten oder Götter sein wollen.“

Daß in einer solchen Deduktion Gefahrenmomente stecken, ist klar. Sie sind aber nicht sehr groß, wenn wir nur den Begriff des Irrtums nicht zu weit fassen und die Entschuldigung eben nur dann gelten lassen, wenn sie Gerechtigkeit ist. Bei den nominellen Mitgliedern der nationalsozialistischen Partei dürfte dies zum weitaus größten Teil der Fall sein.

Transportkrise eingeführten Maßnahmen, und zwar sowohl diejenigen, die aus der Zone selbst kommen (Einschränkung des Personenzugverkehrs, Verkürzung der Zeit des Waggon-Umlaufs, Priorität für die Eisenbahn-Reparaturwerkstätten), wie auch jene, die sich auf Auslandshilfe, besonders von seiten Frankreichs, stützen (Gestellung von Waggonen und Lokomotiven durch Frankreich, Reparaturen von Waggonen und Lokomotiven im Ausland).

Soziale Fragen

Schließlich hat die Militärregierung die Minister darauf hingewiesen, daß es von zwingender Notwendigkeit ist, den Ausgleichs- und Schiedskommissionen sowie den Betriebsräten raschestens ihre juristische Grundlage zu verleihen, bezw. ihre Einsetzung sicherzustellen.

Skorzeny unterstand höchster Stelle

Die Prozesse in Dachau und Nürnberg

DACHAU — Im Skorzeny-Prozeß berichtete der amerikanische Oberleutnant William O'Neill, der als Zeuge der Anklagevertretung vernommen wurde, über den Einsatz deutscher Soldaten während der Eifeloffensive im Dezember 1944. Er sei im Dezember 1944, so führte der Zeuge aus, in der Nähe der belgischen Ortschaft Stavelot mit Minenlegen beschäftigt gewesen, als er in der Dunkelheit von deutscher Seite her lautes Rufen hörte. Daraufhin hätten die amerikanischen Soldaten in diese Richtung eine Leuchtkugel abgeschossen und das Feuer eröffnet. Am nächsten Morgen habe er einen Spähtrupp unternommen und an der Stelle, wohin in der Nacht geschossen worden war, die Leichen von fünf oder sechs Soldaten in amerikanischer Uniform vorgefunden. Bei Untersuchen der toten Soldaten hätten sie jedoch festgestellt, daß es sich um deutsche Soldaten handelte, die amerikanische Uniformen übergestreift hatten. Im Rahmen des selben Prozesses hat der ehemalige SS-General Sepp Dietrich als Zeuge erklärt, er habe im Dezember nach Übernahme des Befehls über die sechste Panzerarmee erfahren, daß Skorzeny in seinem Armeebereich operiere, ohne ihm jedoch zu unterstehen.

In Nürnberg im Prozeß gegen die 11 Südostgenerale nahm der Verteidiger des angeklagten ehemaligen Generalobersten Lothar Rendulic, den früheren Chef des 20. Korps, General Ferdinand Jodl ins Kreuzverhör. Jodl erklärte, daß er Ende März 1945 von seinem Bruder, dem in Nürnberg hingerichteten Alfred Jodl, den Befehl zur Evakuierung und Zerstörung der Finnmark erhalten habe. Der Zeuge bestritt, diesen Befehl ausgeführt zu haben. Die Zerstörung der nordnorwegischen Städte sei durch Angriffe sowjetischer Bombenflugzeuge erfolgt. Der amerikanische Anklagevertreter Walter Rapp legte dagegen eine Reihe von Belastungsdokumenten vor, aus denen ersichtlich war, daß die deutschen Truppen bei der Evakuierung der Finnmark nicht nur militärische Anlagen zerstörten.

Im Prozeß gegen Oswald Pohl und 17 Chefs des WVHA gab Pohl zu, daß er nach Rücksprache mit Himmler den ehemaligen Kommandan-

ten des KZ. Auschwitz, Rudolf Hoß, zum Chef des Amtes der „Inspektion Konzentrationslager“ bestimmt hatte und daß ihm schon zu diesem Zeitpunkt die Rolle von Hoß bei der Judenvernichtung bekannt gewesen sei.

Im Juristenprozeß wurde der ehemalige Reichsanwalt beim Volksgerichtshof, Paul Barnickel als Zeuge in eigener Sache in den Zeugenstand gerufen. Er erklärte, daß er niemals ein Amt in der Partei bekleidet habe, und daß er 1933 lediglich der NSDAP beigetreten sei, um „eine vernunftsmäßige Lösung der Hitlerregierung herbeizuführen“. Barnickel gab zu, daß seine Abteilung 1943 rund 3000 Verfahren bearbeitet hat, von denen etwa 2500 unter das Gebiet der Wehrkraftersetzung, die übrigen unter Hochverrat fielen.

Als zweiter Prozeß gegen ehemalige Großindustrielle begann das Verfahren gegen 23 Direktoren des IG-Farben-Konzerns mit der Eröffnungsrede des amerikanischen Hauptanklagevertreters in Nürnberg, General Telford Taylor.

Gegen das Petkoff-Urteil

WASHINGTON — Ein Sprecher des Staatsdepartements bestätigt den Eingang der sowjetischen Note, die den anglo-amerikanischen Konferenzvorschlag zwecks Revision des Urteils gegen Petkoff ablehnt. Der Sprecher erklärt, daß die Bemühungen der amerikanischen Regierung zugunsten Petkoffs nach Ablehnung dieses Vorschlags keineswegs aufhören würden. Er fügte hinzu, daß der Botschafter der Vereinigten Staaten vor der Ablehnung des anglo-amerikanischen Vorschlags die Sowjetregierung habe wissen lassen, daß die Vereinigten Staaten eine derartige Entscheidung als Nichtachtung des Yalta-Abkommens ansehen würden.

Wie aus gut unterrichteter Quelle mitgeteilt wird, bereitet die britische Regierung eine neue Demarche vor, um eine Verschiebung der Hinrichtung des Leiters der bulgarischen Opposition, Petkoff, und eine Revision seines Prozesses zu erreichen.

Eine erfolgreiche Leistungsschau

Auf der Exportmesse Hannover in fünf Tagen Abschlüsse über 5 Millionen Dollar

HANNOVER — Die ersten 5 Tage der Exportmesse in Hannover brachten bereits Geschäftsabschlüsse im Werte von über 5 Millionen Dollar. An dem Umsatz waren hauptsächlich die Länder Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Württemberg-Baden sowie die Stadt Hamburg beteiligt. Bei den Käufern handelt es sich um Brasilianer, Dänen, Schweden, Belgier, Niederländer, Iren, Schweizer, Engländer und Jugoslawen.

Unter den einkaufenden Staaten steht Dänemark mit 21 Prozent des Wertes aller erteilten Aufträge an erster Stelle. Es folgen Holland mit 20 Prozent, Schweden mit 14 Prozent, Großbritannien mit 13 Prozent, Belgien mit 9 Prozent, die Schweiz und die USA mit je 7 Prozent, Jugoslawien mit 4 Prozent, Argentinien und Norwegen mit je 2 Prozent, die Tschechoslowakei und Irland mit je einem Prozent.

Weitere Aufträge erteilten Frankreich, Venezuela, Columbien, Indien, Südafrika, Asien und Australien.

Unter den verkauften Waren stehen Textilien, Fahrzeuge, Glas und Keramik im Vordergrund. Von der Kautschuk- und Spielwareindustrie wurden ebenfalls gute Umsätze gemeldet. In der ersten Woche wurde die Messe von rund 220.000 deutschen Besuchern besucht, was einen täglichen Durchschnitt von 31.000 Personen entspricht. Das Interesse der deutschen Bevölkerung an der Exportmesse hat weiter zugenommen. Die Zahl der ausländischen Einkäufer ist gegenüber den zunächst nur interessierten Ausländern im stetigen Anwachsen begriffen. Die auf der Exportmesse vertretenen Schuhfabrikanten berichten, daß ihre Modelle bei allen Ausländern großes Interesse finden.

Aufhebung von Sicherungsmaßnahmen

BADEN-BADEN — Das Journal Officiel des französischen Oberkommandos in Deutschland enthält in seiner letzten Ausgabe eine Verordnung über die „Ermächtigung zur Aufhebung von Sicherungsmaßnahmen hinsichtlich der Vermögen gewisser unter Gesetz Nr. 52 des Alliierten Kontrollrats fallender Personengruppen.“

Aus dieser Verordnung geht hervor, daß die Sperre und die Kontrolle über solche Vermögen aufgehoben werden kann, soweit es sich um folgende Personen handelt: a) „Entlastete“ im Sinne der Direktive Nr. 53 des Interalliierten Kontrollrats; b) Personen, die von den Säuberungsinstanzen für nichtschuldig befunden worden sind; c) Personen, die von den Säuberungsinstanzen zur Strafe verurteilt sind, die keine Auswirkung auf ihre Vermögen haben; d) Personen, die die gegen sie von den Säuberungsinstanzen verhängte Vermögenssicherungsmaßnahmen mit befreiender Wirkung erfüllt haben.

Zu dieser Verordnung hat der Administrator General Ausführungsbestimmungen erlassen, denen zufolge Personen, die unter die genannten vier Kategorien fallen, und die die Aufhebung von gegen ihr Vermögen ergriffenen Sicherungsmaßnahmen erreichen wollen, persönlich in den Büros der deutschen Landesämter für kontrollierte Vermögen eine Bescheinigung des Staatskommissars für die Säuberung mit genauer Angabe über den Stand ihrer Entnazifizierung einreichen müssen. Dem Antrag muß eine schriftliche Erklärung beigefügt sein, daß der Antragsteller um die Aufhebung der Sicherungsmaßnahmen nachsucht, und daß kein Tatbestand besteht, der die Einziehung seines Vermögens nach sich ziehen kann.

Keine Verlegung der Militärregierung

Über die von verschiedener Seite in Umlauf gesetzten Gerüchte bezüglich einer Verlegung des Wohnsitzes von General Koenig von Baden-Baden in die Nähe von Mainz und die daran geknüpften Kombinationen bezüglich einer bevorstehenden Verlegung der Zentralstellen der französischen Militärverwaltung erfahren wir von zuständiger Seite: „Die schon mehrfach dementierten Gerüchte über eine bevorstehende Verlegung der zentralen Verwaltungsstellen der französischen Militärregierung von Baden-Baden nach Mainz haben in den letzten Tagen wieder neue Nahrung auf Grund der einfachen Tatsache erhalten, daß General Koenig seinen privaten Sommersitz nach einer Ortschaft unweit Mainz verlegt hat. Dieser vorübergehende Wohnsitzwechsel des französischen Oberbefehlshabers ist in keiner Weise mit den Gerüchten über eine Verlegung des französischen Hauptquartiers, die jeder Grundlage entbehren, in Zusammenhang zu bringen.“

Für ein geeintes Europa

FRANKFURT — Eine enge Zusammenarbeit mit dem Churchill-Komitee wurde auf der Schlußsitzung der Tagung des deutschen Europabundes in Frankfurt/Main angekündigt. Das Churchill-Komitee wird in Deutschland ein Büro errichten. Konsul a. D. Henry Bernhard kündigte die Gründung von Ausschüssen für Völker- und Staatsrecht an, die die völker- und staatsrechtliche Situation Deutschlands klären und den völkerrechtlichen Nihilismus überwinden helfen sollen. Ein außenpolitischer Ausschuss hat die Pflege der deutsch-französischen Zusammenarbeit zur Aufgabe, mit der, wie der Delegierte von Nordrhein-Westfalen, Dr. Merten, erklärte, das Europaproblem stehe und falle.

Auch noch ein Fall Bieroth?

KOBLENZ — Im Zusammenhang mit dem Fall des Großschleibers Ramersowen, in den auch der Präsident des Landtags von Rheinland-Pfalz, der Abgeordnete Diel, verwickelt ist, veröffentlicht die „Rheinzeitung“ in Koblenz einen weiteren Fall, den sie als Beispiel von Korruption bezeichnet. Sie erhebt Vorwürfe gegen den Ministerialdirigenten im Finanzministerium, den Abgeordneten Dr. Bieroth. Dieser ist, wie berichtet wird, mit einem Branntweinbrenner Namens Kramer aus Finthen in Mainz verwardt, dem man zur Last legt, heimlich 6 000 l Wein verspritzt und den Ministerialdirigenten an der Ausbeute beteiligt zu haben. Als das Schwarzbrennen aufgedeckt wurde, habe Dr. Bieroth versucht, den Präsidenten des Landesfinanzamtes zu veranlassen, nicht gegen seinen Verwandten vorzugehen. Weiter wird gegen Dr. Bieroth vorgebracht, während des Krieges bei „Arisierungen“ mitgewirkt und aus dieser Tätigkeit Gewinne gezogen zu haben.

TECHNIK UND WISSENSCHAFT

Kürbis mit Mandelkernen

Pflanzenforscher züchteten neue genügsame Öfrüchte

Göttinger Wissenschaftlern ist ein überraschender Erfolg gelungen: Sie haben einen Kürbis gezüchtet, der im Innern statt der lederhütigen weißen Samen regelrechte Mandelkerne enthält. Diese Kürbismandeln haben eine dünne, leicht abzustreifende Schale und liefern ungefähr 30 vH Öl, während der Fettgehalt der üblichen dickhütigen Kürbiskerne unter 5 vH bleibt. Die neuen Früchte werden also gleichermaßen von den Marmeladenfabriken wie von den Ölmühlen ersehnt. Die Pflanzen haben außerdem alle Eigenschaften, die eine erfolgreiche Felderwirtschaft verlangt. Sie ranken nicht planlos über den Acker, in unmittelbarer Nähe der Wurzel setzen sie ihren Kürbis an. Sie tragen nur eine einzige, etwa kopfgroße Frucht, doch dafür können sie ebenso dicht gepflanzt werden wie Kartoffeln. Die Versuche sind wissenschaftlich abgeschlossen worden. Im Herbst hofft man so viel Saatgut zu gewinnen, daß 1948 in einigen Teilen Deutschlands mit der ersten größeren Ernte von Ölkürbissen gerechnet werden kann.

Vor einigen Jahren wurde ein Korblübler wiederentdeckt, den man im Mittelalter anbaute und wegen seines gelben Farbstoffes schätzte. Damals war er überall als Färbedistel bekannt. Da er den gelben Safran, das Produkt einer in Spanien und Frankreich gedeihenden Krokusart ersetzte, nannte man ihn auch Safran-Flor oder kurz Saflor. Mit seinen stacheligen Blättern und bewehrten Früchten sieht der Saflor der Distel ähnlich, und er ist nicht anspruchsvoller als dies Feldunkraut. Auch auf kargen Äckern trägt er Frucht. Das ist sein größter Vorteil gegenüber allen bis-

Vier Gruppen in der bayerischen CSU

Eine Rede des Landesvorsitzenden Dr. Müller

MÜNCHEN — Der Landesvorsitzende der bayerischen CSU, Dr. Josef Müller, hielt über Radio München eine Ansprache, in der er auf die interne Lage der CSU einging. Er sprach dabei die Hoffnung aus, daß auf der Landeskonzferenz Eichstätt alle bestehenden persönlichen und sachlichen Meinungsverschiedenheiten geklärt werden könnten. Er würde es sehr bedauern, so fuhr er fort, wenn es zu einer Spaltung in zwei oder drei Teile käme. Seiner Meinung nach würde dies eine bedeutende Schädigung der Demokratie bedeuten, die sich auf das Gegenspiel von zwei großen Parteien stützen müsse und nicht durch unbedeutende kleine Splitterparteien geschädigt werden dürfe.

Bei einer Betrachtung von Äußerungen führender CSU-Politiker in den letzten Tagen kann man zur Zeit von vier verschiedenen Richtungen innerhalb der CSU sprechen. Die Gruppe um Dr. Hundhammer, der rechte Flügel der CSU, der eine ausgesprochene katholische konservative Richtung vertritt und, falls seine Absichten und Vorschläge auf der Landesversammlung in Eichstätt nicht durchdringen, sich entschließen würde, eine neue Partei zu bilden, die etwa den politischen Zielen der ehemaligen bayerischen Volkspartei entspräche. Die Gruppe um den bayerischen Landwirtschaftsminister Dr. Josef Baumgartner, die eine bayerische Bauernpolitik anstrebt und sich, falls sie sich von der CSU lösen würde, eine Standespartei der Bauern werden könnte. Die Gruppe um den Landesvorsitzenden Dr. Josef Müller, die bekanntlich eine gemäßigte föderalistische Richtung vertritt, sozial aufgeschlossen ist, und Verbindung mit dem übrigen Reichsverband der CSU erstrebt, und schließlich die Gruppe um den ehemaligen Landtagsabgeordneten August Hausleiter, die sich hauptsächlich aus den protestantischen Kreisen Nordbayerns rekrutiert und auch unter der Jugend zahlreiche Anhänger hat. Die Gruppe vertritt nachdrücklich die Meinung, daß der bayerischen Politik eine Opposition fehlt und die CSU deshalb die Regierungspartei werden müsse.

Gegen die von Kultusminister Hundhammer betriebene Politik richten sich gerade in der letzten Zeit immer heftigere Angriffe. So hat der Ordinarius für physikalische Chemie an der Universität München, Professor Dr. Klaus Clusius, der kürzlich mit seiner Familie in die Schweiz gegangen ist, in einem an das Dezernat gerichteten Brief die Maßnahmen Hundhammers scharf kritisiert. Es heißt darin, daß die sachlichen Bedürfnisse der Universität, und zwar die der Professoren und Studenten immer wieder hinter parteipolitischen Gesichtspunkten zurückstehen müßten. Alle Warnungen von Rektor und Senat hätte man geflissentlich überhört. Gleichzeitig sei der Rechtsschutz, den die Münchener Professoren genießen, denkbar gering. Ferner lasse sich das bayerische Kultusministerium vortreffliche Kräfte aus landmannschaftlichen Vorurteilen entgehen.

Die in München erscheinende „Süddeutsche Zeitung“ nimmt in ihrer Sonnabend-Ausgabe zum „Fall Clusius“ Stellung und schreibt, daß Professor Clusius der erste bayerische Emigrant der Nachkriegszeit sei, den die Intoleranz des bayerischen Kultusministeriums zur Flucht, nämlich ohne offizielle „Permit“, außer Lande getrieben habe. Das Blatt betont ausdrücklich, daß sich die Universität München am Weggang von Professor Clusius für schuldig erkläre und die Verantwortung der intoleranten Haltung von Dr. Alois Hundhammer, dem bayerischen Kultusminister, zuschiebe. Es scheint deshalb an der Zeit, daß die beständige Diskriminierung Bayerns durch die Maßnahmen des Kultusministeriums Gegenstand einer parlamentarischen Aussprache im bayerischen Landtag werden müsse.

Die Ernährungslage in Württemberg-Baden

STUTTGART — Der Ernährungsminister von Württemberg-Baden, Heinrich Stooß, erklärte in einer Rede, daß Württemberg-Baden in diesem Jahr in der Kartoffelversorgung auf sich selbst gestellt sei, weil infolge der bevorstehenden schlechten Ernte aus den anderen Ländern der Bize keine Zuschüsse zu erwarten seien. An die Bevölkerung werde nur ein Zentner Kartoffeln pro Kopf ausgegeben werden. Bayern, das sonst Kartoffel-Uberschußgebiet sei, habe bereits einen Zuschuß von fünfhunderttausend Tonnen angefordert. Die Auswirkungen der Trockenheit seien noch nicht zu übersehen, führte der Minister weiter aus. Auch der Obstertrag sei weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Zur Brotversorgung sagte der Minister, daß der monatliche Rationsatz von acht bis zehn Kilo gesichert sei, sofern in den monatlichen Lieferungen in Höhe von dreihunderttausend Tonnen Getreide aus den Vereinigten Staaten keine Stockungen eintreten.

Vor Regierungsänderung in London

Eine Sondersitzung des britischen Kabinetts

LONDON — In der Sondersitzung des englischen Ministerrats behandelte das Kabinetts unter Vorsitz Attlees eine sehr umfangreiche Tagesordnung. Aus dem Bericht Sir Wilfred Eady's über die Auswirkungen einer eventuell für England günstigen Abänderung des englisch-amerikanischen Abkommens, sollen die Minister entnommen haben, daß die Vereinigten Staaten gegenüber den Verstößen gegen die Unterschiedslosigkeitsklausel die Augen zuzudrücken bereit sind. Es handelt sich dabei um die in dem englisch-amerikanischen Abkommen vorgesehene Klausel, daß England in seinem Empire selbst Waren einkaufen könnte, die es bisher von Amerika beziehen mußte. Außerdem hat das Kabinetts die Einzelheiten der Einschränkungsmassnahmen, denen sich die Verbraucher unterziehen werden müssen, einer Prüfung unterzogen, nämlich eine Herabsetzung der Fleischzuteilung und eine Kürzung der Lebensmittelversorgung der Restaurants.

Gewisse politische Beobachter haben den Eindruck, daß die Minister auf der Kabinettsitzung auch über die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit der Sowjet-Union diskutiert haben, die auf eine völlig neue Grundlage gestellt werden sollen. Fest steht, daß die britische Regierung gezwungen ist, außerhalb der Dollarzone bedeutende Versorgungsquellen zu erschließen.

Weiterhin nimmt man allgemein an, daß in den weniger wichtigen Ministerposten und in der Besetzung der Unterstaatssekretariate Veränderungen vorgenommen werden, die jetzt vorbereitet und zweifellos vor dem Zusammentritt des Exekutiv-

ausschusses der Arbeiterpartei am 22. September durchgeführt werden.

Die interimistischen Konferenzen werden weiterhin fortgesetzt. Gewisse politische Kreise erwarten Ende der Woche eine weitgefaste Erklärung über die augenblicklich in Durchführung begriffenen Maßnahmen.

Eine „mächtige kommunistische Partei“

PRAG — Der tschechoslowakische Ministerpräsident Gottwald erklärte im Verlauf einer Kundgebung der kommunistischen Partei: „In den westlichen Besatzungszonen bereitet man schon wieder eine Erneuerung des deutschen Kapitalismus und die Wiedergeburt des germanischen Imperialismus vor. Nur die Politik einer Allianz mit der Sowjetunion und den anderen slawischen Staaten garantiert der Tschechoslowakei eine friedliche Zukunft und Unabhängigkeit. Deshalb, so fügte er hinzu, sind diejenigen, die diese Allianz in den Schmutz ziehen oder Anstrengungen machen, sie zu schwächen, Verräter“. Er betonte, daß die tschechoslowakische Regierung sich von Anfang an „keine Illusionen über den Marshall-Plan hingegeben habe“. Gottwald ging dann zu den tschechoslowakischen innerpolitischen Problemen über und forderte die Parteien auf, ihre Reihen von „Saboteuren“ und „Agenten der Reaktion“ zu säubern. Er gab bekannt, daß die tschechoslowakische kommunistische Partei bereits 1,2 Millionen Mitglieder zähle und forderte: „Die Republik braucht eine mächtige kommunistische Partei als Garant ihrer Entwicklung“.

entzündet sich nicht an einem brennenden Streichholz. Erst als der Erfinder einige Körner auf einem Papier mit der Hand zerdrückte, ging die zerquetschte Masse in Flammen auf, wobei das Feuer nicht auf die übrigen Körner übergiff.

Der Erfinder erklärte, daß es möglich sei, bis zu 100 000 Liter Benzin in 10 Minuten in die feste, unbrennbare Masse zu verwandeln, und daß die Kosten dabei für eine Tonne zwischen 200 und 250 französischen Franken zu stehen kommen. Besonders wichtig ist, daß für den Benzintransport der Gebrauch von Tankwagen, Tankschiffen und Pipelines in Fortfall kommt. Außerdem werden die Benzinpumpen der Tankstellen überflüssig, und jede Feuergefahr fällt weg. Man kann künftig Benzin wie das Getreide in den Schiffsräumen befördern und in Benzinsilos lagern. Auch im Wasser verliert das Karburoolith seine Eigenschaften nicht. Es löst sich weder auf, noch verdirt es. Wie der Erfinder mitteilte, ist die Herstellung von Spezialmotoren geplant, in denen das Karburoolith im Motor selbst in brennbare Flüssigkeit verwandelt wird. Da sich das Karburoolith nicht verflüchtigt, ergibt sich bei seinem Verbrauch zu allen Vorteilen noch der einer Ersparnis von 12 bis 13 vH. Flugzeuge, die mit dem neuen Brennstoff fliegen, können bei Unglücksfällen nicht mehr in Flammen aufgehen.

Unbrennbares festes Benzin!

Erfindung eines französischen Chemikers

AEP — Dem französischen Chemiker Jean Pathe-Labour ist nach jahrelangen Versuchen die Umwandlung von Benzin in ein festes, unbrennbares Produkt gelungen, dem er den Namen Karburoolith gegeben hat. Es handelt sich um eine körnige gallertähnliche Masse, deren einzelne Körner nicht ganz die Größe einer Erbse haben. Es

Elektrofunk-Werkbänke für Metallbearbeitung

Der sowjetische Maschinenbau hat einige Modelle der von dem Ingenieur-Ehepaar Lasarenko entwickelten Elektrofunk-Werkbänke hergestellt, mit deren Hilfe die härtesten Legierungen, die sonst auf mechanischem Wege nicht zu bearbeiten sind, verschiedensten Arbeitsvorgängen unterworfen werden können. Es handelt sich um eine neuartige Verwendung der elektrischen Energie, bei der

Kurz berichtet

BERLIN — Zur Sicherung der Ernährung in der Ostzone hat die neugebildete Wirtschaftskommission einen umfassenden Plan vorgelegt, worin unter anderem die Verarbeitung von Speisekartoffeln zu Sprit verboten wird. Die zuständigen Zentralverwaltungen sollen sofort die erforderlichen Maßnahmen ergreifen.

BERLIN — Nach einer Meldung der „Kölnischen Rundschau“ ist Weibischhof Josef Ferche Köln (früher Breslau) als Flüchtlingsbeauftragter mit der Nachfolge des verstorbenen Bischofs Kaller betraut.

BERLIN — Oberst Walker W. Holler, der Direktor der Abteilung für bewaffnete Streitkräfte der amerikanischen Militärregierung für Deutschland erklärte, daß die Entmilitarisierung Deutschlands im wesentlichen abgeschlossen ist und von der einst so mächtigen Wehrmacht keine Spuren übrig geblieben seien.

BERLIN — Etwa 80 Prozent der von den Spruchkammern in Nordrhein-Westfalen eingestuftten Personen legten bisher gegen ihr Urteil Berufung ein, teilte die britische Kontrollkommission für Deutschland in ihrem Julibericht mit.

BERLIN — Wegen fortgesetzter Urkundenfälschung in Tateinheit mit schwerer Untreue verurteilte das Schoeffen-Gericht Berlin-Mitte den Leiter der Finanzabteilung in der Verwaltung des Verbands Berliner Konsumgenossenschaften GmbH, Robert Beck, zu sieben Jahren Zuchthaus und 100 000 Mark Geldstrafe. Der fünfmal mit Gefängnis vorbestrafte Robert Beck hatte sich im Sommer 1946 unter der Vorspiegelung im KZ gesessen zu sein, seine Vertrauensstellung im Konsum erschlichen. Vom August 1946 bis Juli 1947 unterschlug er dadurch, daß er Rechnungen, Kassen- und Bankbelege fälschte und selbst herstellte, 1 220 876,47 Mark.

LONDON — Gemäß einer Information des Sonderberichterstatters der englischen Zeitung „Observer“ hat sich die Mehrheit des Palästina-Ausschusses der Vereinten Nationen für die Unabhängigkeit Palästinas ausgesprochen.

PARIS — Der französische Ministerrat hat in einer Sitzung am Mittwochvormittag beschlossen, die tägliche Brotration in Frankreich in Kürze von 250 g auf 200 Gramm herabzusetzen.

PARIS — Der Chef des britischen Generalstabs, Marschall Montgomery, wird in Paris erwartet. Seine Reise nach Frankreich erfolgte auf Einladung des französischen Kriegsministeriums.

PARIS — Unter dem Ministerpräsidenten und Außenminister Alvaro de Albornoz ist die spanische Regierung gebildet worden. Die Regierungsglieder sind größtenteils nationale Republikaner.

VATIKANSTADT — Der persönliche Vertreter des Präsidenten Truman beim Vatikan, Bischof Myron Taylor, traf mit dem Flugzeug von Paris kommend in Rom ein. Sein Empfang beim Papst ist in Kürze zu erwarten.

BUDAPEST — Wie aus beruher Quelle verlautet, hat der ehemalige Abgeordnete der Kleinlandwirte-Partei, Sulyok, Ungarn verlassen. Sulyok gründete im März 1946 die Oppositionspartei der Rechten, die sogenannte Freiheitspartei.

PADERBORN — 75 vH der in Paderborn untersuchten Personen haben Untergetwigt.

KOPENHAGEN — In Kopenhagen wurde am Mittwoch die Konferenz der Außenminister von Dänemark, Island, Norwegen und Schweden eröffnet.

Hitler wollte den Krieg erst 1944

WASHINGTON — Aus den Dokumenten, die in den Archiven der deutschen Kriegsmarine beschlagnahmt und nun vom amerikanischen Marine-departement veröffentlicht werden, geht hervor, daß Deutschland 1939 damit rechnete, Großbritannien den Krieg erst 1944 zu erklären. Tatsächlich waren die gesamten militärischen Vorbereitungen Deutschlands auf diese Absicht zugeschnitten und die Kriegserklärung Frankreichs und Englands im September 1939 war für Hitler ein Moment der Überraschung.

Verlag und Chefredaktion: Karl Heinz Lemcke - Stellvert. Chefredakteur: Dr. Hermann F. Geller Druck: E. Koelblin KG., Baden-Baden Erscheinungsweise 2mal wöchentlich Bezugspreis 1.50 Mk. monatlich

„Miniaturblitze“ mit Hilfe von großen Kondensatoren und Wechselwiderständen hervorgerufen werden, die in dem Werkstück innermolekulare Wirkungen hervorrufen. Die Maschine kann Werkzeuge jeder beliebigen Festigkeit und Form schneiden, sägen, meißeln, bohren, hobeln und schleifen.

Wundhaut aus Kunststoff

Auf der letzten Britischen Industrie-Messe wurde eine Haut aus Kunststoff vorgeführt, die an Stelle von Binden oder Heftpflastern bei kleineren Verletzungen aufgelegt werden kann. Sie heißt „Per-tex“ und wird einfach aus einer Tube aufgetragen. Sie verschließt die Wunde mit einem keimtötenden Überzug, der auch wasserdicht, biegsam und völlig unauffällig ist. Der Heilungsprozess kann unter einer solchen Haut durch äußere Einwirkung nicht mehr gestört werden. Auf der Messe wurden ferner Zähne, sowie Säuglingsflaschen aus Kunststoff gezeigt, die durch Kochen ohne Schaden sterilisiert werden können.

Johannes Görbing gestorben

hwg. In Pinneberg starb der Forscher Johannes Görbing, der Leiter der von ihm aufgebauten „Forschungspastor für Bodenkunde und Pflanzenschutz“, im Alter von 70 Jahren. Görbing, dem die internationale Landwirtschaft viel verdankt, hatte seine besondere Aufmerksamkeit den Wachstumsstörungen der Pflanzenwelt gewidmet und konnte in seiner jahrzehntelangen Arbeit aufschlußreiche Wege zur Ertragssteigerung weisen. Der in den letzten Wochen in der britischen Zone gegründete „Bodengesundheitsdienst“ fußt im wesentlichen auf seinen Erkenntnissen und versucht seine Erfahrungen der heimischen Landwirtschaft dienstbar zu machen.



Milchpulver für Kühe

Hausfrau mit zwei oder drei E-Normalverbraucherkarten zu sein, ist heute wohl der schwierigste Beruf.

Jeder Kaufmann sagt, wenn er keine Ware mehr hat: „Tut mir leid, es ist gar nichts mehr da! Kommen Sie in vier Wochen wieder!“ Und der Handwerker sagt das gleiche. Wenn es gut geht, ein Achselzucken der beiden, aber für sie ist die Sache erledigt. Eine einfache Angelegenheit.

Kann aber eine Hausfrau sagen: „Es tut mir leid, heute ist gar nichts mehr zum Essen da. Kommt wieder, wenn in drei oder vier Wochen etwas aufgerufen wird!“

Irgendetwas muß die Hausfrau auf den Tisch bringen. Da heißt es zu allen möglichen Tageszeiten die Straße auf und die Straße ab zu laufen, ob es nicht doch irgendwo etwas zu ergattern gibt.

Frau Maier gehört auch zu diesen geplagten Hausfrauen. Auch auf der Straße ständig mit den Überlegungen beschäftigt, was man heute wieder kochen könnte, wenn, wenn und nochmals wenn... entgeht ihr doch nichts, was in den vertrauten Geschäftsauslagen eventuell neu sein könnte.

Vor solch einer Aventure stützt Frau Maier. Ist es die Möglichkeit: „Milchpulver?“ Rasches Kombinieren: Trockenmilch — Eipulver, Trockenmilch — Milchpulver. In Ordnung. Markenfrei und keine Schlange. Ja, fix muß man sein, bevor die große Menge Witterung bekommt.

Dann im Laden: „Ich bekomme Milchpulver!“ „Haben Sie eine Kuh?“ „Hätte ich eine Kuh, bräuhete ich kein Milchpulver.“

„Doch!“ „Wieso?“ „Weil das Milchpulver für die Kühe ist, damit sie...“

Große Enttäuschung der Hausfrau, aber wieder einmal aus. Und grübelnde Gedanken: warum das Milchpulver erst für die Kühe? Warum einfach, wenn es umständlich auch geht.

Rumo

Stadtnotizen

Hörspiel Oskar Wilde im Südwestfunk — Am Dienstag den 2. 9. wiederholt der Südwestfunk 20.30 Uhr bis 21.15 Uhr das Hörspiel „Das Verbrechen des Lord Arthur“ von Oskar Wilde in der Bearbeitung von Wolfgang Schnell. In den Hauptrollen Eva Fiebig, Agi Prandhoff, Anni Roland, Hans Goguel, Ernst Sladek und Horst Uhse. Spielleitung Wolfgang Schnell als Gast.

Das Bezirks-Straßenverkehrsamt B.-Baden teilt mit, daß gemäß Anweisung des Gouvernements Militaire anlässlich der Einweihung der Kapelle, die zu Ehren des ermordeten Priesters in Münsterthal errichtet wurde, am Sonntag, den 31. 8. 1947 der Verkehr mit Kraftfahrzeugen freigegeben ist.

Sonntags- und Nachtdienst der Apotheken für die Zeit vom 30. August bis 6. September: Hofapotheke Rößler, Sophienstraße 7.

Berichtigung — Zu unserem Artikel in Nr. 68 „Ein erinnerungsreiches Kapitel aus der Stadtgeschichte“ wäre nachzutragen, daß dieser Artikel einen Ausschnitt aus dem „Erinnerungen aus meinem amtlichen Leben“ des Oberbürgermeisters Reinhard Fieser wiedergibt und insoweit richtiggestellt werden muß, als die Verhandlungen im damaligen Bürgerausschuß mit dem Erfolg der Eingemeindung von Reinhard Fieser nur persönlich geführt wurden. Dies gilt insbesondere für die bedeutsame Rede im Stadtparlament, die so überzeugend wirkte, daß die Widerstände überwunden werden konnten.

Neue Meldefristen in der Krankenversicherung

Das Badische Wirtschaftsministerium in Freiburg verfügte unter Nr. 30. 6. 47 (Regierungsblatt Nr. 27 vom 31. 7. 47) mit Wirkung vom 1. Juli 1947 die Aufhebung der Bestimmungen des ehemaligen Reichsarbeitsministeriums über die Kranken- und Arbeitslosenversicherung bei Arbeitsunterbrechungen ohne Entgeltfortzahlung vom 28. 1. 42. Somit gelten wieder lediglich die allgemeinen Vorschriften der Reichsversicherungsordnung, hier über die Anmeldung der Beschäftigten und die sich hieraus ergebenden Beitragsverpflichtungen. Danach

sind durch den Arbeitgeber Beginn und Ende sowie Änderungen von allen Beschäftigungsverhältnissen binnen 3 Tagen der Allgemeinen Ortskrankenkasse schriftlich anzuzeigen. Im Falle nicht rechtzeitiger Abmeldung sind die Beiträge bis zur vorschriftsmäßigen Abmeldung zu zahlen. Bei Arbeitsunterbrechungen von weniger als einer Woche kann die Meldung unterbleiben, wenn die Beiträge fortgezahlt werden.

Wer will in den gehobenen Verwaltungsdienst?

Das Ministerium des Innern in Freiburg wird demnächst eine Anzahl Anwärter für den gehobenen Verwaltungsdienst (Regierungsinspektor-Anwärter) aufnehmen. Bewerber aus Baden (französisches Besatzungsgebiet), die das Reifezeugnis für

Ein „Märtyrer“ des Paragraphen 218!

Kriminalpolizei erwischte Schwerverbrecher / Kindsaussetzung in Lichtental aufgeklärt

Bereits seit einiger Zeit hatte die Baden-Badener Kriminalpolizei den 25jähr. verheirateten Paul B. in der Burgstraße beobachtet, bis sie in der vergangenen Woche unter der Führung ihres Leiters, Oberinspektor Schlotter, zu griff und so dem Treiben eines gemeingefährlichen Verbrechens ein Ende bereite. Die erste Durchsuchung seiner Wohnung brachte eine große Zahl von ärztlichen Instrumenten und Geräten, Medikamenten, daneben aber auch Schreibmaschinen, Radioapparate, Elektromotore, Vertriebsapparate, eine Unmenge gestohlener Bücher usw. ans Tageslicht, daß an der Art der Verbrechen kein Zweifel mehr bestehen konnte. Eine vorgefundene Kartei vervollständigte das Bild und ließ einen gewerbsmäßigen Abtreiber erkennen, dessen „Kundschaft“ durch Vermittlung von Zuführern aus Baden, Württemberg, ja selbst aus dem Rheinland kam. Die einzelnen „Honorare“ gingen dabei in die Tausende und wurden — wenn es nicht anders ging — als „Darlehen“ getarnt durch einen Rechtsanwalt eingetrieben. Nach vorsichtigen Schätzungen dürfte B. an die 200 Eingriffe vorgenommen haben, bei denen ihm gewisse medizinische Kenntnisse zustatten kamen. Woher er diese hat, konnte noch nicht geklärt werden. Daneben fälschte er laufend Rezepte und unterschrieb sie mit „Dr. R. Hang“, mit denen dann Mittelsmänner oder er selbst in hiesigen und auswärtigen Apotheken einkaufte. Auf diese Weise hatte sich B. einen umfangreichen Vorrat seltener und seltenster Medikamente beschafft, die es nach den Gutachten zugezogener Ärzte selbst in Krankenhäusern bereits seit Jahren nicht mehr gibt. Weiter hatte der Verhaftete — er befand sich zur Zeit der Haussuchung gerade auswärts und wurde bei seiner Rückkehr in die Wohnung in „Empfang“ genommen — eine umfangreiche Sammlung wertvoller Instrumente, die für die Praxis eines Arztes völlig ausreichen würde. Wo er sich dieselben beschafft hatte, ist ebenfalls noch ungeklärt. Darüber hinaus wurden Indizien gefunden, die darauf schließen lassen, daß B. aus einem gewissen sexuellen Bedürfnis heraus handelte, das ihn vielleicht in der Weiterführung seiner extremen Neigungen zu einem zweiten Hamann hätte werden lassen können.

Interessant ist auch die Tatsache, daß B. am 3. August 1946 gegen 23.00 Uhr im Kloster Lichtental ein Päckchen abgab, in dem sich seine neugeborene Tochter befand. Ein bei ihm gefundener Zeitungsausschnitt aus dem „BT.“ brachte einen diesbezüglichen Fingerzeig und führte dann im Verhör zur Aufklärung eines Falles, der damals viele Gemüter bewegte. Der „Vater“ hatte zuvor von dem Kinde Fingerabdrücke gemacht, um sich dann in späteren Jahren als Vater dem Mädchen gegenüber zu erkennen zu geben! Bekanntlich war das Kind kurz nach seiner Aussetzung gestorben. Es wird vermutet, daß weiterhin mancher bisher noch ungeklärte Diebstahl seine Aufklärung finden wird, denn die Kriminalpolizei fand nicht nur Ein-

Semesterschluß der „Musikschule der Ortenau“

OFFENBURG — Die „Musikschule der Ortenau“ hat ihr erstes Semester abgeschlossen. Während desselben mehrte sich die Zahl der Musikschüler, die im Alter von 15–20 Jahren stehen, auf 65. Die theoretische und praktische Ausbildung war auf die Erziehung zum Musikberuf ausgerichtet. Doch ergab sich alsbald die Notwendigkeit zur besonders ausgeprägten Pflege der Jugendmusik und der Kirchenmusik, sowie des Nachwuchses an Orchestermusikern, Dirigenten und Chorleitern. Lehrgänge für Jugendmusikleiter, solche für katholische und evangelische Kirchenmusik sind Sondereinrichtungen der Schule geworden, die dafür in Carl Wiest und den Organisten Trimmer und Friedrich Brüstle bewährte Fachkräfte gewannen.

die Unterprima einer höheren Lehranstalt besitzen, können ihre Gesuche bis spätestens 1. September 1947 über das für den Wohnort zuständige Landratsamt an das Ministerium des Innern in Freiburg einreichen.

Dem Gesuch sind beizufügen: ein handgeschriebener Lebenslauf, ein polizeiliches Leumundzeugnis, eine Geburtsurkunde, drei ausgefüllte politische Fragebogen, zwei Lichtbilder, die notfalls nachgereicht werden können, Schulabgangszeugnis, ein Zeugnis über Beschäftigung seit der Schulentlassung und eine Erklärung über Schuldenfreiheit.

Die Bezüge (Unterhaltszuschüsse) regeln sich nach den Bestimmungen der badischen Landesregierung.

brecherwerkzeuge, sondern auch ganze Sortiments von Fahrraddynamos u. ä. Um völlig ungestört durch das Arbeitsamt seinem „Handwerk“ nachgehen zu können, machte B. dort einen Einbruch und entwendete sämtliche Unterlagen über seine Person. Daneben ließ er sich noch in allerhand „schwarze“ und Schwarzhandelsgeschäfte ein, wie in seiner Wohnung vorgefundene Stoffe und dergleichen bewiesen.

Bemerkenswert und für die Haltung dieses Verbrechens bezeichnend ist sein Ausspruch beim ersten Verhör: „Ich bin ein Märtyrer des § 218!“ Auch in seiner Wohnung fand man einen Ausschnitt des besagten Paragraphen auf dem Tisch liegend vor. Anscheinend sollte er ein moralischer „Rückhalt“ sein. Es ist anzunehmen, daß im Verlaufe der Untersuchungen des Falles noch manche interessante Einzelheiten bekannt werden.

Dieser Kriminalfall dürfte in seiner Art und seinem Ausmaß der bisher größten in Baden-Baden sein. Wenn er trotz der von einem wahren Verbrechergeniege zeugenden Listen und Einfällen des Täters so rasch und gründlich aufgedeckt wurde, so ist dies ein Beweis für die tatkräftige und umsichtige Arbeit der hiesigen Kriminalpolizei, die im Kampf gegen Verbrechen gerade in letzter Zeit manchen beachtlichen Erfolg errungen hat.

Neues vom Fall Krämer

Verschiedentlich gingen in letzter Zeit in unserer Redaktion Zuschriften ein, die sich mit dem Stand der gerichtlichen Untersuchungen im „Fall Krämer“ beschäftigten. Eine Unterredung mit der Staatsanwaltschaft B.-Baden zeigte nun, daß die zum Prozeß notwendigen Erhebungen in Kürze abgeschlossen sein werden. Um ein möglichst genaues Bild vom „Wirken“ Krämers zu erhalten, wurden zahlreiche seiner Patienten zur Nachbehandlung — die sich begrifflicherweise über eine längere Zeitsdauer erstrecken mußte — an andere Ärzte überwiesen. Die dabei gemachten Beobachtungen sind mit dem wichtigsten Prozeßmaterial.

Blick aufs Arbeitsamt

Der Direktor des hiesigen Arbeitsamts, Regierungsrat Stadler, gab einem Vertreter unserer Schriftleitung in einer Unterredung Einblick in die gegenwärtige Lage des Arbeitsmarkts unserer Stadt.

Die Arbeitsmarktlage Baden-Badens hat ihre besondere Note durch die Tatsache, daß es in seiner Eigenschaft als Zonenhauptstadt neben den Anforderungen der Militärregierung auch den Bedarf deutscher Unternehmen und Dienststellen berücksichtigen muß, die es in steigendem Maß für notwendig erachten, in Baden-Baden eine Vertretung einzurichten. Bedingt durch diese Gegebenheiten wurde eine Lage geschaffen, die in ihrer Art wohl einmalig ist und am besten durch das Beispiel erklärt wird, daß im Vorkriegsdeutschland ein Drittel der Einwohner arbeitsuchend, d. h. als Arbeiter oder Angestellte tätig gewesen sind, wovon ein Drittel Frauen waren, indes in Baden-Baden heute die Hälfte der Bevölkerung in einem Arbeitsverhältnis steht und die Hälfte der Arbeitenden Frauen sind.

Die Hauptanforderungen beziehen sich auf Hausangestellte und Putzfrauen, Kraftfahrer und Mechaniker, Büroangestellte, Handwerker aller Art, sowie auf ungelernete männliche Kräfte. Im einzelnen sind beschäftigt und verlangt: 2000 Haushilffinnen bei der Besatzung und 400 bei solchen deutschen Haushalten, die in eingehender Prüfung die unumgängliche Notwendigkeit nachweisen konnten (Krankheit o. ä.). Angefordert sind 220 Mädchen. Putzfrauen stehen 600 in meist stundenweiser oder halbtägiger Arbeit. Gesucht sind 150. Ein besonderes Kapitel bilden auch Kraftfahrer und Mechaniker. Hier sind bereits 1400 beschäftigt

Gegen Straßenbahnunfälle

Nachdem in letzter Zeit durch „Trittbrettfahrer“ hervorgerufene Unfälle immer häufiger wurden, griff nun die Polizei zur Bekämpfung dieser Unsitte ein. In Anbetracht der Notstände allerdings mehr in erzieherischem Sinne. Besonders in den Hauptverkehrszeiten stehen seit vorgestern an den wichtigsten Straßenbahnhaltestellen die Polizisten und siehe da — es gibt immer noch ein Plätzchen, wenn im Wageninnern zusammengedrückt wird oder wenn ein Halbwüchsiger, der ausgerechnet im Mittagverkehr zwei Stationen weit fahren will, einmal auf die nächste Bahn warten muß. Hoffentlich macht das Beispiel des Polizisten Schule und beweist den Straßenbahnfahrern einmal von „Amts wegen“, daß Vernunft und guter Wille stets zu einem Erfolg führen werden und das Trittbrettfahren überflüssig machen.

Haben Sie ein uneheliches Kind?

Nein — dann bitte, beellen Sie sich oder müssen Sie nie mit der Eisenbahn fahren? Für diesen Fall wäre das Nachfolgende uninteressant. Anders hingegen bei Beamten, Angestellten oder Arbeitern, die mit der Bahn etwa vom Arbeits- zum Wohnort fahren wollen und zur Erlangung einer Fahrpreisermäßigung einen Antrag auf Ausgabe von Arbeiterrückfahrkarten ausfüllen. Unverheiratete Antragsteller, von denen noch mindestens ein Elternteil lebt, müssen darauf nämlich nicht mehr und nicht weniger behördlich bescheinigen lassen, als daß am Wohnort mindestens ein uneheliches Kind unter 14 Jahren ständig wohnhaft ist. Können sie diesen „Erfolg“ nicht nachweisen, erhalten sie keine Arbeiterrückfahrkarte! Wie finden Sie diesen Sachverhalt? Glänzend, nicht wahr!

Ein Irrtum ist ausgeschlossen, denn auf der Rückseite des Formulars steht in den Erläuterungen nochmals ausdrücklich, „Arbeiterrückfahrkarten erhalten Unverheiratete, von denen noch mindestens ein Elternteil lebt und elternlos Unverheiratete nur nach dem Wohnsitz ihrer Kinder, solange diese das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet haben.“

Eisenbahn und Bevölkerungspolitik, wer von uns fand dabei bisher Zusammenhänge, wohl keiner. Eher vielleicht bei den zweiteiligen Badeanzügen oder dem einstmals so berühmten gewordenen Zwickeldekret. Nur mit dem Unterschied, daß dort die Moral im Vordergrund stand, indes heute — nein, wir wollen es nicht aussprechen, nachdem es in verflissenen Jahren so oft zu hören war. Wir nehmen vielmehr an, daß man bei der Eisenbahn noch keine Zeit fand, eine schon längst überholte Anschauung zu revidieren; allerdings nicht ohne die Bemerkung: hoffentlich recht bald! (Sonst steigen am Ende gar die unehelichen Geburtenziffern jäh an!)

und es werden 300 weitere angefordert. Auf Dienststellen und Büros sind 2400 Frauen und 2200 Männer beschäftigt. Für den deutschen Bedarf fehlen vor allem Handwerker, von denen viele in französische Betriebe verpflichtet werden mußten (Schneider, Schuhmacher) sowie Bauarbeiter und ungelernete Kräfte. Bei einem Schuhmacher sollen heute 600 Einwohner (!) ihre letzten Schuhe zusammenwickeln lassen. Das Wohnungsbauprogramm wird erheblich behindert durch den Mangel an Facharbeitern. Die Arbeiter am Flughafen haben zum Teil kein Schuhwerk und arbeiten barfuß, wobei sich einige schon ernste Verletzungen zugezogen haben. Für das Ausladen von Kohle müssen bis Anfang September 140 Arbeitskräfte gestellt werden.

So sieht es in der Statistik aus, in Wirklichkeit ist es aber noch schlimmer. Die meisten deutschen Betriebe haben es nämlich schon aufgegeben, ihren Kräftebedarf überhaupt noch anzudeuten, weil die Aussichten auf Neuzugang gleich null sind.

Was die Statistik nicht ohne weiteres erkennen läßt ist noch etwas anderes. Der Volkszählung zu folge hat sich die Einwohnerzahl Baden-Badens gegen 1939 nur unwesentlich erhöht. Da aber fortwährend Arbeitskräfte nach Baden-Baden herangezogen werden, kann man also schließen, daß eine erhebliche Umschichtung innerhalb der Bevölkerung stattgefunden hat bzw. noch im Gang ist. Man kann so mit Interesse erwarten, welche Auswirkungen diese andersartige Zusammensetzung auf die zukünftige Kommunalpolitik unserer Stadt haben wird.

FELIX TIMMERMANS

Bauernpsalm

Roman

Aus dem Flämischen übertragen von Peter Mertens
1. Fortsetzung

Es ist doch nicht möglich, daß ich zu unserem guten Freund, dem Herrn Pfarrer, gehen und ihm sagen sollte: ich und diese Magd... Das geht wirklich nicht. Er wird es zwar nicht weiterzählen, denn er ist ein Priester, ein Vermittler zwischen uns und Gott. Aber dennoch auch ein Mensch, der mich mit ganz anderen Augen ansehen wird, wenn er wieder über meine Schwelle tritt. Man kann nicht mehr frei über andere Leute sprechen, ohne daß er uns anblickt und man in seinem Blick lesen kann: kehre du vor deiner Tür. Und doch muß ich ihm alles beichten. Eine schlechte Beichte vielleicht? Dann lieber... tot zwar nicht, aber dann lieber überhaupt nicht beichten. Nachts hielt ich diese Gedanken manchmal wach. Wenn ich ihm nun sagen könnte: „Ich habe meine Ehepflichten verletzt“. Dann würde er fragen: „Wie oft mein Sohn?“ Wenn ich dann antworten könnte: zwölfmal, mehr oder weniger, dann würde er wahrscheinlich keine näheren Einzelheiten wissen wollen, denn seine Zeit ist ja auch kostbar. Aber wenn ich sage: einmal, ehrwürdiger Vater, dann will er alles ganz genau wissen, und das möchte ich gerade vermeiden... „Woran denkst du nun wieder, Knoll, du siehst so verstört aus?“ fragt meine Frau. „An nichts, an das Getreide, ich meine an die Eier.“

Ich dachte an die Hölle.

Wenn ich nun alles meiner Fie sagte, offen und ehrlich, frisch von der Leber weg. Welch ein Trost könnte sie mir sein in meiner Bedrängnis! Eine Frau kann über vieles hinwegsehen, hat ein gutes, mildes Herz. Man beobachtet nur, wie sie mit den Kindern umgeht; wenn sie in der Kirche betet, Glück und Segen erlöhnt, dann schiebt sie die Kinder vor sich hin; wenn es donnert und blitzt, wenn Gefahren drohen, dann stellt sie sich schützend vor die Kinder, um den ersten Stoß aufzufangen. Das, was sie für die Kinder tut, tut sie auch für mich. Und jetzt, da mein Herz keinen Ausweg mehr findet aus seiner Not, würde sie da nicht bereit sein, es mir zu erleichtern? Wer so etwas glauben könnte, der kennt meine Fie nicht!

Eines Abends, im Bett, nahm ich sie in meine Arme. „Fie, ich muß dir etwas sagen.“

„Ja, Knoll.“
„Aber ich bräuhete es nicht übers Herz... Sollte meine eigene Frau mich mein Leben lang als einen bösen Sünder betrachten müssen? Wenn sie mir auch verzeihen, mich trösten und alles vergessen würde, nein, nein, nein. Sie hat jetzt eine gute Meinung von mir, das ist für sie eine Beruhigung und ein Glück, also für mich auch. Nein. Nach meinem Tode muß sie den Kindern sagen können: „Euer Vater war ein Vorbild von einem Mann, auch das ist eine Erbschaft.“

„Ja, Knoll!“
„Ich möchte, ich wäre tot, Fie.“

„Knoll, Knoll, mach mich nicht unglücklich!“ rief sie.
„Ich möchte, ich wäre tot, Fie, das heißt, wenn du stirbst, sterbe ich auch, so lieb habe ich dich.“

Die Angst ließ nach, und wir lebten einander. War es nicht besser so?

Aber ich würde meine Last nicht los. Ostern kam immer näher. Mir war, als müßte ich durch ein großes Feuer laufen. Sonst ging ich schon am Palmsonntag zur Beichte. Jetzt ließ ich sogar Ostern vorüber.

„Ich gehe mit dem Müller, am letzten Tag“, sagte ich zu meiner Frau.

Immer und immer wieder schob ich es hinaus, und doch mußte ich hindurch.

Eines Tages ging ich mitten in der Woche in die Kneipe „Zum Halbmond“, um ein Glas Bier zu trinken, denn ich mußte einmal auf andere Gedanken kommen und ein Herz erquickeln. Stehen da am Schanktisch Pol Lammers und der Schwiegersonn von Jef Brus. Und da hörte ich, wie sie sich erzählen (daß ich auch gerade dazukommen mußte)... daß die Magd verrückt geworden sei und ein Kind bekommen hätte. Man kann sich denken, wie diese Nachricht auf mich wirkte. Vor Aufregung steckte ich die Nase tief in mein Bierglas. Ich war woanders Vater geworden! Mein Leben lang würde mir das wie eine Last auf der Seele liegen. Ich war wie am Stuhl festgenagelt.

Schlechter Mensch! Schlechter Mensch! warf ich mir selbst vor, du bist nicht wert, daß du lebst. Aber zugleich war ich froh, daß die Magd verrückt geworden war und daher nichts mehr ausplappern konnte. Ich erhob mich und wollte gehen. Aber da hörte ich, wie der Schwiegersonn von Jef Brus zu Pol Lammers sagte: „Das kommt auf deine Kappe, Lammers.“

„Das werden wir Gott und den Müller entscheiden lassen“, meinte Lammers. „Ich bin zwar einmal mitgegangen, aber ich könnte noch ein Dutzend andere nennen, die nach mir gekommen sind.“

Was bin ich doch für ein blöder Kerl! dachte

ich, kann ich denn nicht mehr rechnen? Die Geschichte mit dem Stier war kaum sechs Monate her, es war ja im Oktober!

Und ich fing an zu lachen, ich war ganz aus dem Häuschen vor Freude. „Trink ein Glas mit, Leute! Trink nur noch eins!“ Oh, war das eine Erleichterung! Allerdings nur eine halbe, die Beichte hatte ich noch vor mir.

Noch drei Tage, und die Osterzeit war vorüber. Ein Bauer, der seine Osterpflicht nicht erfüllt, nein, ebensogut könnten aus Möhren Rüben werden. Nachts, während ich wach im Bett liege, schießt mir plötzlich ein guter Gedanke durch den Kopf. Ich könnte doch in der Stadt bei einem anderen Geistlichen zur Beichte gehen, wo man mich nicht kannte.

Gesagt, getan.
„Fie, ich muß einmal in die Stadt, um Samen zu holen.“

Ich beichtete bei den Jesuiten.
„Wie oft?“ fragte der Pater.
„Einmal“, sagte ich und setzte in meiner Aufregung hinzu: „Mehr oder weniger.“

Der Pater wird wohl kaum jemals einen Beichtling gehabt haben, der aufrichtiger seine Sünde bereute.

Eine Stunde später saß ich bei unserem Pfarrer im Beichtstuhl und trug ihm meine läßlichen Sünden vor... die Milch ab und zu ein wenig getauft, öfter zornig gewesen und ähnliches mehr. Immer derselbe brave Mann, wird er gedacht haben.

Oh, jener erste Sonntag nach Ostern war ein schöner Tag! Mit erleichtertem Herzen, in meinen weißen Hemdsärmeln, in denen der Wind spielte, und mit einer dicken Zigarre im Mund machte ich stolz meinen Rundgang durch die Felder. Mein frohes Gemüt lobte Gott! (Fortsetzung folgt)

AMTLICHE BEKANNTMACHUNGEN

Bekanntmachung
Wir suchen Angehörige des Stabes III A.R. 21, die noch Mitte Februar 1945 und zwar bei den Kämpfen bei Stalaf-Süd (Kreis Landsberg/Ostpreußen), dann bei Mehlsack-Znoten, bis zum Endkampf um Heiligenfeld bei A.R. 21 waren.

Bekanntmachung
Die Abteilung Interzonenhandel des Bad. Wirtschaftsministeriums muß zwecks Aufarbeitung der Rückstände von 1.-10. September 1947 geschlossen bleiben.

Bekanntmachung betreffend Verwertung von Ährenlesegeräten aus der Ernte 1947
Für die Verwertung des Ährenlesegerätes aus der Ernte 1947 wird folgendes bekanntgegeben:

- 1. In jedem Kreis werden eine oder mehrere Umtausstellen für die Annahme des Ährenlesegerätes und die Abgabe der entsprechenden Mengen Mehl durch das zuständige Ernährungsamt bestimmt.
2. Die Berechtigung zum Umtausch wird je Kopf des Haushaltes auf höchstens 7,5 kg Ährenlesegerätee festgesetzt.
3. Auf Antrag des Sammlers stellt die für seinen Wohnsitz zuständige Kartenstelle einen Berechtigungsschein aus, wobei der Höchstbetrag von 7,5 kg Getreide je Kopf des Haushaltes nicht überschritten werden darf.

Verkehr deutscher Kraftfahrzeuge bei Nacht.
Nach der im Journal Officiel vom 12. August 1947 erschienenen Anordnung Nr. 23 des Commandant en Chef Français en Allemagne über den Verkehr deutscher Kraftfahrzeuge bei Nacht ist der Verkehr deutscher Kraftfahrzeuge bis zum 1. Oktober 1947 in der Zeit zwischen 24 00 Uhr und 5 00 Uhr untersagt.

Einführung einer Prämie für die Abgabe von Altpapier
Altpapier ist ein unerlässlich wichtiger Rohstoff für die Papier- und Pappenfabrikation der französischen besetzten Zone.

Bezirksauschützerdienst im Stadtkreis Baden-Baden
Die Bad. Gebäudeversicherungsanstalt sucht einige Bezirksauschützer für den Stadtkreis Baden-Baden. Es handelt sich hierbei weder um Beamten- noch Angestelltenstellen, sondern um die Tätigkeit von im Stadtkreis B.-Baden wohnhaften Sachverständigen, die je nach Bedarf gegen Tagesgehühren zu Einschätzungen von Gebäuden zur Feuerversicherung zugezogen werden.

Wachmittelauflauf August 1947
Das Wirtschaftsamt ruft auf die Lebensmittelkarte Nr. 28 (August 1947) folgende Seife und Waschmittel auf:

Für Normal-, Teil- und Vollselbstversorger:
Sgl. und K 1 Abschnitt I 500 g Waschpulver ohne Schläumer; Abschnitt II 1 Stck. Einheitsseife K 2, Jgd. 2, E Abschnitt I 250 g Waschpulver ohne Schläumer; Abschnitt II 1 Stck. Einheitsseife.
Die vom Gouvernement Militaire ausgestellten Lebensmittelkarten (doppelte Lebensmittelkarten) haben zum Bezug von Waschmittel keine Gültigkeit.

GOTTESDIENSTE

Stiftskirche. Sonntag: 14. Sonntag nach Pfingsten 6 h. Messe, 7 h. Messe, 8 h. Schüllersingmesse, 10 h. Hochamt mit Predigt, 11 Singmesse, 1 d. Klosterkirche z. hl. Grab, abends 7/8 Singmesse, abends 8 Andacht in Zeiten öffentlicher Bedrängnis.
Ev. lutherische Gemeinde (im Pfarramt, Fremersbergstraße 4). Sonntag, den 29. August 1947, Gottesdienst 10 Uhr. Bibelstudium im Gemeindefestsaal, Gernsbacher Str. 31.

FAMILIEN-ANZEIGEN

Ihre Vermählung geben bekannt:
Hans Klasehka
Hilde Klasehka
geb. Schönenberger
Nördlingen Baden-Baden
Im August 1947 10-95-S

Wir haben geheiratet:
Adolf Trutenat
Margot Trutenat geb. Zahn
Baden-Baden, Rheinstr. 17
Samstag, 30. 8. 47. 25-14-S

FRANK-WOLFGANG
Die glückliche Geburt unseres Jungen zeigen hocherfreut an:
Gretl Wesel, geb. Steinhäuser
Wilhelm Wesel
25. August 1947.
Baden-Oos z. Zt. Josefinenheim
Rastatter Str. 9. 23-40-S

Unsere Sonntagsjunge:
ERNST WILHELM ALEXANDER
ist angekommen. 16-56-S
Die glücklichen Eltern:
Gundel Reichmann, geb. Hiepe
Dr. med. Franz Reichmann
B.-Baden, 24. 8. 47. Josephinenheim

Allein Freunde u. Bekannten die tieftraurige Mitteilung, daß unser hoffnungsvoller u. lieber Sohn, Bruder, Onkel, Schwager und Bräutigam
Helmut Blank
im Alter von 25 Jahren nach kurzem, schweren Leiden in die ewige Heimat eingegangen ist.

VERANSTALTUNGEN

Sport-Club B.-Baden
Gutenberg-Platz
Sonntag, 31. August 47, 16.00 Uhr
VfL FREIBURG
(Zonenliga Süd)
14.30 Uhr Vorspiel.

Naturkundliche Wanderung
über Katzenstein zum Turm Fremersberg unter Anleitung von Herrn Willi Dietrich.
Interessanten, auch Nichtmitglieder sind zu dieser Wanderung eingeladen.

SKI-CLUB B.-BADEN
Samstag, den 30. 8. 47
Aufahrt zur Hütte
nachmittags 15.00 Uhr am Kleinen Theater.
Der Vorstand.

KINO DES WESTENS
Täglich 17 Uhr, 19 Uhr u. 21 Uhr,
Sonntags 15 Uhr, 17 Uhr, 19 Uhr und 21 Uhr
Maria Andergast, Ivan Petrovich, Carmen Lehmann in
MONIKA
Eine Mutter kämpft um ihr Kind.
Jugendfrei. LI-16-S

FILM-PALAST
Ein guter ung. Film in deutscher Sprache
LI-21-S
Mein Freund der Präsident
Jugendfrei

Evang. Stadtkirche
Sonntag, 7. September 47, 20 Uhr
Bach-Händel-Abend
Zwei Kantaten für Soli, Chor und Orchester von J. S. Bach und Concerto grosso g-moll für Streichorchester von G. F. Händel.

Bäder- u. Kurverwaltung

Baden-Baden
Donnerstag, 4. September 1947, 20 Uhr, Kurhaus, Kleiner Bühnenstr. 531
Einmaliges Gastspiel
THORSTEN YSAIE
Phänomene der IV. Dimension.
Karten zu 1.-6 Mark ab 31. August an der Kurhauskasse.

Stellenangebote
Zum sofortigen Eintritt werden gesucht:
2 Kraftfahrer mit längerer Fahrpraxis mit Diesel- und Benzinmaschinen vertraut. Mögl. gelernter Schlosser oder Automechaniker.
Bewerbungen an Kommando der Freiwilligen Feuerwehr Baden-Baden, Vincentstraße 1. Sta-30-S

Stellenangebote
Für französische Dienststelle gesucht:
1 junger Mann (16-20 Jahre alt) als Büro-Hilfskraft, ferner 1 Büroangestellter (Angestellte) für Personalisten.
Franz. Sprachkenntnisse erwünscht, jedoch nicht erforderlich. Nähere Bedingungen einholen bei Mr. Greiner, Lange Str. 63 Barakke 1, Baden-Baden. 7-24-S

Stellenangebote
Für unsere Fakturen-Abteilung suchen wir zum sofortigen Eintritt in Dauerstellung eine junge intelligente Kontoristin.
Maschinenschreiberin (Stenographie) nicht erforderlich, evtl. kommt hierfür auch ein junger Mann in Frage.
Außerdem wird ein Laufjunge gesucht.
„Behringwerke“, Baden-Baden, Lichtenaltalier Allee 11. 2-103-S

Stellenangebote
Für 29 Jahre, sucht Stellung bei alleinstehendem Herrn, am liebsten in kleinere Landwirtschaft.
Dabei müßte 9-jähriges Mädchen mit aufgenommen werden.
Off. u. 13-25-S an die Gesch. des BT B.-Baden.

Stellenangebote
Tüchtiger Friseurgehilfe sucht Stellung als Volontär im Damenfach.
Off. unter 14-5-S an die Gesch. des BT. B.-Baden.

AN- und VERKAUFE

Verstehbare Staffelei abzugeben.
Ganter, Marktpl. 9. 7-47-S
Erstklassiger Smoking Gr 48 abzugeben.
Off. u. 4-82-S an das BT.
Doppelschlafzimmer zu kaufen gesucht.
Landwirt Leonhard Bork. Lauf b. Ottersweiler. 2-93-S

TAUSCH ANGEBOTE

Geboten gut erhaltenes Damenkostüm, Gr. 44-46; gesucht Herrenjackett, Gr. 46-48.
Zu erfragen unt. 10-69-S im BT.
Größeres weißes Kinderbett mit Matratze, Federoberbett mit Bezug zu tauschen gesucht.
Off. unt. 2-105-S an das BT.

STELLEN GESUCHE

Fr. 29 Jahre, sucht Stellung bei alleinstehendem Herrn, am liebsten in kleinere Landwirtschaft.
Dabei müßte 9-jähriges Mädchen mit aufgenommen werden.
Off. u. 13-25-S an die Gesch. des BT B.-Baden.

ENTLAUFEN

Vier Monate alter schwarze Schnauzer am 13. 8. 47 entlaufen.
Gegen gute Belohnung abzugeben bei Lehner, Kaiser Wilhelmstr. 16.
Tel. 2215. 11-49-S

VERLOREN - GEFUNDEN

Infolge des Straßenbahnfalles Richtung Gos am Montag nachm. gegen 5 Uhr Dornbrunn-Armband mit 6 weißen Gemmen (Abdruck kein Kunstwert) verloren.
Dennoch erbitte Wiederbringer reiche Belohnung, da Andenken Frau Hüppchen, Baden-Baden, Jagdhaustr. 42. 8-101-S

VERSCHIEDENES

Achtung Weststädter! Alle, welche Angehörige oder Verwandte in Amerika haben, treffen sich geschlossen am kommenden Sonntag, den 31. August, vormittags um 11 Uhr am Hause Bäckerd. Lerch, Rheinstr. 51, Baden-Baden, zu einer Fotoaufnahme.

GESCHÄFTLICHES

Tanzschule PETERSHEN-GRAF
Beginn neuer Kurse. 15-35-S
Anmeldung Schwarzwaldstr. 63.
BUCHARA
ORIEN - EPPICA
Kunststoffe, Wäscher, Reparatur aller Art.
Wilhelmstraße Ecke Langestraße.
Inhaber: KALOUSTJAN OSEKREBELIA.